



Rat der
Europäischen Union

032630/EU XXVI. GP
Eingelangt am 07/08/18

Brüssel, den 2. Juli 2018
(OR. en)

10230/18
PV CONS 34
AGRI 303
PECHE 238

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(Landwirtschaft und Fischerei)

18. Juni 2018

INHALT

Seite

1.	Annahme der Tagesordnung.....	4
2.	Annahme der Liste der A-Punkte	4
a)	Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten.....	4
b)	Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union).....	5

FISCHEREI

Beratungen über Gesetzgebungsakte

3.	Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds.....	6
4.	Verordnung zur Änderung der Verordnungen des Rates in Bezug auf die Fischereiaufsicht.....	6

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

5.	Mitteilung über den Stand der GFP und die Konsultation über die Fangmöglichkeiten für 2019	6
----	--	---

LANDWIRTSCHAFT

Beratungen über Gesetzgebungsakte

6.	GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020	7
a)	Verordnung über die GAP-Strategiepläne	
b)	Verordnung über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der GAP	
c)	Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse	

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

7.	Marktlage.....	7
----	----------------	---

Sonstiges

8.	a)	Bericht des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) vom 30. Mai 2018	8
	b)	Intensivierung der Bemühungen der EU zur Verringerung der Gefahr für Honigbienen und andere Bestäuber	8
	c)	Memorandum zur GAP im Kontext des nächsten MFR	8
	d)	Abnehmende Verfügbarkeit von Wasser für die Landwirtschaft in Zypern.....	8
	e)	Abbau der Bestände an Magermilchpulver.....	9
	f)	Lage auf dem Schweinefleischmarkt	9
	g)	Endgültige Festlegung von Antidumping- und Antisubventionszöllen auf spanische Tafeloliven durch die US-Behörden	9
	h)	Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der Visegrád-Gruppe (Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakei), Bulgariens, Kroatiens, Sloweniens und der Baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) zur Vision der mittelosteuropäischen Initiative für eine wissenschaftsbasierte Land- und Forstwirtschaft und Aquakultur in der Bioökonomie "BIOEAST"	9
		ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....	10

*

* *

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 9730/18 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten 9531/18

Der Rat nahm die in Dokument 9531/18 enthaltenen A-Punkte einschließlich von COR- und REV-Dokumenten an, die zur Annahme vorgelegt wurden. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum enthalten.

In Bezug auf den folgenden Punkt müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Umwelt

12. Beschluss des Rates – Artikel 241 AEUV – Übereinkommen von Aarhus
Annahme
vom AStV (1. Teil) am 13.6.2018 gebilligt
- 9649/18 + ADD 1
+ **ADD 1 COR 1**
+ **COR 2**
9422/18
ENV

b) Liste der Gesetzgebungsakte (Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union) 9733/18

Fischerei

1. **Verordnung zur Änderung des Ostsee-Mehrjahresplans**
Annahme des Gesetzgebungsakts
vom AStV (1. Teil) am 13.6.2018 gebilligt
- 9721/18
PE-CONS 23/18
PECHE

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV)

2. **Verordnung über den Mehrjahresplan für die Nordsee** **IC** 9723/18 + COR 1
Annahme des Gesetzgebungsakts
vom AStV (1. Teil) am 13.6.2018 gebilligt + ADD 1

+ ADD 2 REV 2
PE-CONS 14/18
PECHE

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gegen die Stimme der dänischen Delegation gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV)

Die Erklärungen zu diesem Punkt sind in der Anlage wiedergegeben.

3. **Verordnung über die Regionale Fischereiorganisation für den Südpazifik (SPRFMO)** **IC** 9722/18
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 17/18
vom AStV (1. Teil) am 13.6.2018 gebilligt PECHE

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 43 Absatz 2 AEUV)

Wirtschaft und Finanzen


4. **Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2018** **SC** 9324/1/18 REV 1
Annahme FIN
vom AStV (2. Teil) am 7.6.2018 gebilligt

Der Rat legte seinen Standpunkt zu dem Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2/2018 fest (siehe Dok. 9324/1/18 REV 1).

Allgemeine Angelegenheiten

5. **Reform des Wahlakts** **S** 9756/18
Grundsätzliche Einigung 9425/18
Ersuchen um Zustimmung des Europäischen Parlaments AG
vom AStV (1. Teil) am 15.6.2018 gebilligt

Der Rat einigte sich bei Stimmenthaltung der belgischen und der britischen Delegation grundsätzlich auf den von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeiteten und in Dok. 9425/18 enthaltenen Entwurf eines Beschlusses des Rates und beschloss, ihn dem Europäischen Parlament zur Zustimmung weiterzuleiten.


6. **Verordnung über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (Kodifizierung)**  9720/18
Annahme des Gesetzgebungsakts PE-CONS 16/18
vom AStV (2. Teil) am 13.6.2018 gebilligt CODIF
MI

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 338 Absatz 1 AEUV)


FISCHEREI

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. **Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds**  9631/18
Vorstellung durch die Kommission 9627/18 + ADD 1
Gedankenaustausch

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission zu ihrem Vorschlag und von den ersten Bemerkungen der Delegationen.

4. **Verordnung zur Änderung der Verordnungen des Rates in Bezug auf die Fischereiaufsicht**  9633/18 + COR 1
Vorstellung durch die Kommission 9317/18 + ADD 1
Gedankenaustausch

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission zu ihrem Vorschlag und von den ersten Bemerkungen der Delegationen.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Der Rat befasste sich mit dem folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkt mit Aussprache. (5)

5. Mitteilung über den Stand der GFP und die Konsultation über die Fangmöglichkeiten für 2019 9771/18
Vorstellung durch die Kommission 9635/18
Gedankenaustausch

Beratungen über Gesetzgebungsakte

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

6. **GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020** ①C
- | | |
|---|----------------------------------|
| a) Verordnung über die GAP-Strategiepläne | 9645/18 + COR 1
+ADD 1 |
| b) Verordnung über die Finanzierung, die Verwaltung
und das Kontrollsystem der GAP | 9634/18 + COR 1
+ ADD 1 |
| c) Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation
(GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse | 9556/18 + REV 1
+ REV 1 COR 1 |

*Vorstellung durch die Kommission
Gedankenaustausch*

Der Rat nahm Kenntnis von den Erläuterungen der Kommission zu ihren Vorschlägen in Bezug auf die künftige Gemeinsame Agrarpolitik.

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission.

Der Rat nahm Kenntnis von dem Memorandum zur GAP im Kontext des nächsten MFR, das von dem finnischen, dem französischen, dem griechischen, dem irischen, dem portugiesischen und dem spanischen Landwirtschaftsminister unterzeichnet und von einer Reihe anderer Delegationen unterstützt wurde.

Der Rat nahm ferner Kenntnis von den Informationen der zyprischen Delegation in Bezug auf die abnehmende Verfügbarkeit von Wasser für die Landwirtschaft in ihrem Land.

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

Der Rat befasste sich mit dem folgenden nicht die Gesetzgebung betreffenden Punkt mit
Aussprache. (7)

7. Marktlage
Informationen der Kommission

Sonstiges

Der Rat befasste sich unter "Sonstiges" mit folgenden Punkten (8. a) – b))

8. Fischerei

- a) Bericht des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES) vom 30. Mai 2018 9934/18
Informationen der niederländischen Delegation

Landwirtschaft

- b) Intensivierung der Bemühungen der EU zur Verringerung der Gefahr für Honigbienen und andere Bestäuber 9882/18
Informationen der slowenischen Delegation, unterstützt von der luxemburgischen und der polnischen Delegation
- c) **Memorandum zur GAP im Kontext des nächsten MFR** 10024/1/18 REV 1
Informationen der französischen, der finnischen, der griechischen, der irischen, der portugiesischen und der spanischen Delegation, unterstützt von der kroatischen, der zyprischen, der tschechischen, der ungarischen, der litauischen, der luxemburgischen, der polnischen, der rumänischen und der slowakischen Delegation
- d) **Abnehmende Verfügbarkeit von Wasser für die Landwirtschaft in Zypern** 10040/18
Informationen der zyprischen Delegation

Die Punkte 8. c und d wurden unter Punkt 6 erörtert.

Der Rat befasste sich unter "Sonstiges" mit folgenden Punkten (8. e) – h))

- e) Abbau der Bestände an Magermilchpulver
Informationen der französischen Delegation 9502/18
- f) Lage auf dem Schweinefleischmarkt
Informationen der polnischen Delegation 10038/18
- g) Endgültige Festlegung von Antidumping- und
Antisubventionszöllen auf spanische Tafeloliven durch die
US-Behörden
Informationen der spanischen Delegation 10083/18
- h) Gemeinsame Erklärung der Landwirtschaftsminister der
Visegrád-Gruppe (Tschechische Republik, Ungarn, Polen,
Slowakei), Bulgariens, Kroatiens, Sloweniens und der
Baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) zur Vision
der mittelosteuropäischen Initiative für eine
wissensbasierte Land- und Forstwirtschaft und Aquakultur
in der Bioökonomie "BIOEAST"
Informationen der ungarischen Delegation 10025/18

-
- I** Erste Lesung
- C** Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags
- S** Besonderes Gesetzgebungsverfahren
-

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden A-Punkten in Dokument 9733/18

Zu A-Punkt 2: **Verordnung über den Mehrjahresplan für die Nordsee**
Annahme des Gesetzgebungsakts

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
zu verbotenen Arten**

"Die Verordnung, die auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission zu den technischen Maßnahmen für die Erhaltung der Fischereiressourcen und den Schutz von Meeresökosystemen (2016/0074(COD)) erlassen werden soll, sollte unter anderem Vorschriften über die Arten enthalten, die nicht befischt werden dürfen. Daher haben die beiden Organe entschieden, keine Liste in Bezug auf die Nordsee in die vorliegende Verordnung aufzunehmen (2016/0238(COD))."

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
zu Kontrollen**

"Das Europäische Parlament und der Rat werden die folgenden Kontrollbestimmungen in die bevorstehende Überarbeitung der Kontrollverordnung (Verordnung (EG) Nr. 1224/2009) aufnehmen, sofern diese auf die Nordsee zutreffen: Anmeldungen, Logbuchanforderungen, bezeichnete Häfen und andere Kontrollbestimmungen."

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Die Kommission wird die Wertebereiche für den FMSY und andere biologische Referenzgrößen beim Internationalen Rat für Meeresforschung (ICES) erfragen. Die Kommission ist der Auffassung, dass die Fangmöglichkeiten generell auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten des ICES festgelegt werden sollten. Für den unwahrscheinlichen Fall, dass der ICES entweder nicht in der Lage ist, die Wertebereiche für den FMSY und andere biologische Referenzgrößen bereitzustellen, oder dass es schwerwiegende Gründe für die Annahme gibt, dass das Gutachten des ICES nicht den Anforderungen an die besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten genügt, werden die Fangmöglichkeiten auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten festgelegt, die von einer in der Union oder international anerkannten unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtung ausgestellt oder überprüft wurden."

ERKLÄRUNG BELGIENS, DÄNEMARKS, FRANKREICHS, LETTLANDS UND SPANIENS

"Belgien, Dänemark, Frankreich, Lettland und Spanien sind der Ansicht, dass der vorgeschlagene Mechanismus zur Aktualisierung der Spannen von FMSY ein neues Instrument ist, das eine echte Verbesserung bei der Verwaltung des Mehrjahresplans und dessen Flexibilität darstellen könnte. Dieses neue Instrument gibt jedoch auch Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Achtung der institutionellen Vorrechte der einzelnen Organe. Diesbezüglich ersuchen Belgien, Dänemark, Frankreich, Lettland und Spanien um eine jährliche Zwischenbewertung im Rat im ersten Quartal jedes Jahres, bei der bewertet wird, ob dieses Instrument diese Ziele erreicht und ob Zwischenlösungen gesucht werden sollten."

ERKLÄRUNG DÄNEMARKS

"Dänemark begrüßt den endgültigen Kompromissvorschlag für einen Mehrjahresplan für Grundfischbestände in der Nordsee, an dem Dänemark ein großes Interesse hat.

Wir stellen mit Genugtuung fest, dass während der Verhandlungen wesentliche Verbesserungen an dem Vorschlag vorgenommen wurden: Aufgrund dieser Verbesserungen konnte ein endgültiger Kompromissvorschlag vorgelegt werden, der sich auf die relevanten Arten konzentriert. Es wurde eine Lösung dafür gefunden, dass die jüngsten wissenschaftlichen Gutachten in Bezug auf die Spannen von FMSY und Referenzpunkte berücksichtigt werden; ferner wird in dem Kompromiss darauf verzichtet, zusätzliche Kontrollmaßnahmen vorzusehen, und es wurde eine Bezugnahme auf die Bewirtschaftung von Beständen von gemeinsamem Interesse aufgenommen.

Im gesamten Verlauf der Verhandlungen über diesen Vorschlag hat Dänemark darauf hingewiesen, dass eine konkrete Bezugnahme auf sozioökonomische Bedenken erforderlich ist. Auch wenn wir eine solche Bezugnahme in den Artikeln vorgezogen hätten, so begrüßen wir doch die Bezugnahme in den Erwägungsgründen.

Für Dänemark besteht jedoch weiterhin ein Problem von allergrößter Bedeutung:

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die erforderliche Flexibilität bei der Festlegung von TACs in der Verordnung erlaubt wird, indem insbesondere ermöglicht wird, eine Zunahme eines Bestands und die Befischung dieses Bestands bei Beständen mit unzureichender Datenlage zu berücksichtigen. Damit würde die dauerhafte Flexibilität erlaubt, die das Europäische Parlament und der Rat in dem derzeitigen langfristigen Plan für die Kabeljaubestände in – unter anderem – Nordsee, Skagerrak und Kattegat in der Verordnung (EU) Nr. 1342/2008 vereinbart haben, die auf die besonderen Umstände im Falle von Kabeljau im Kattegat angewendet wird. Dänemark hat eine Bestimmung im Einklang mit dem derzeitigen langfristigen Plan für die Kabeljaubestände vorgeschlagen, die in den neuen Mehrjahresplan für die Nordsee aufgenommen werden sollte.

Da der Kompromissvorschlag keine spezielle Bezugnahme im Einklang mit der Flexibilität im Kabeljauplan enthält, kann Dänemark den endgültigen Kompromiss, den der Rat annehmen soll, nicht unterstützen."